

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Dienstag, den 31. Juli 1894.

## Sozialdemokratie und Anarchismus.

Die zahlreichen revolutionären Blut- und Schreckensthaten, die sich in Frankreich, Italien und Spanien ereigneten, haben in diesen Ländern zu einer Gesetzgebung geführt, welche dem Staate schärfere Waffen gegen die revolutionäre Propaganda in die Hand giebt, als er sie bisher besaß. Jene Attentate haben sich nicht allein gegen das Leben der leitenden Staatsmänner gerichtet, sondern auch gegen die bürgerliche Gesellschaft als solche, um diese in Furcht zu setzen und das Vertrauen in die öffentliche Ordnung zu erschüttern. Sie haben nicht nur in den beteiligten Ländern, sondern durch die ganze zivilisirte Welt Abscheu und Entrüstung hervorgerufen. Da zudem erwiesen wurde, daß die Attentate nicht Handlungen einzelner, für sich dastehender Verbrecher sind, vielmehr das Ergebnis von Verschwörungen, an denen eine förmliche Sekte von Feinden der bürgerlichen Ordnung theilhaftig ist; da weiter erwiesen wurde, daß diese Verschwörer ihr Netz auch bis in andere Länder hinein gesponnen haben, so kann es nicht Wunder nehmen, daß die öffentliche Meinung überall erregt wurde und, wie schon früher bei Anlässen der Art, so auch diesmal das Verlangen nach gemeinsamer, internationaler Abwehr der anarchistischen Gefahr auftrat. Daß die erste Aufregung zu solchen Forderungen führte, ist begreiflich; aber, nachdem nüchterne Erwägung eingetreten war, erkannte man, daß mit internationalen Maßregeln allein hier nicht geholfen werden könne, daß vielmehr zunächst ein jedes Volk in seinem eigenen Hause wieder Ordnung schaffen müsse.

Während nun überall die bürgerlichen Parteien jeglicher Färbung in der Verurtheilung des Anarchismus einig sind und es billigen, daß man diesen Krebschaden der modernen Entwicklung mit aller Schärfe zu tilgen trachtet, versucht — in Frankreich sowohl wie in Deutschland — eine einzige Partei sich dagegen zu stemmen: die französischen wie die deutschen Sozialisten wehren sich dagegen. Und das auf so schroffe und ungeberdige Weise, daß der Verdacht nahe liegt, sie fürchteten, daß die Waffe auch gegen sie geschmiedet werde.

Wenn es sich in der That so verhielte, wie sie glauben machen wollen und Tag für Tag von Neuen mit eifrigen Worten verkünden, daß der Anarchismus mit dem Sozialismus gar nichts zu thun habe, vielmehr aus den Verhältnissen des Klassenstaats und des Kapitalismus hervorgegangen sei — dann brauchten sie keine Furcht zu hegen, mit den Anarchisten in einen Topf geworfen zu werden. Aber trotz aller feierlichen Abjagen, in denen seit Jahren der offizielle Sozialismus sich von dem Verdachte zu reinigen versuchte, dem Anarchismus geistes- und gesinnungsverwandt zu sein, vermögen die Sozialisten damit keinen Glauben zu finden, und am wenigsten vor dem natürlichen Empfinden des Volksgewissens. Wer die Aeußerungen der großen und kleinen Blätter in den letzten Monaten verfolgt hat, in denen die Anschauung der verschiedensten Bevölkerungsschichten sich ausdrückt, mußte erkennen, daß die öffentliche Meinung sich über die Verwandtschaft zwischen Sozialismus und Anarchismus nicht täuscht, die beiden nichts anderes als den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken.

Man braucht nicht das ganze Gewebe der Theorien und der Geschichte der revolutionären Bewegung in die einzelnen Fäden zu zerlegen, um zu dieser Erkenntnis zu kommen. Es genügt, sich zu erinnern, wie sich z. B. in Deutschland der Anarchismus in den letzten Jahren entwickelt, woher er seine Kräfte und Köpfe genommen hat. Die Antwort lautet: aus der Sozialdemokratie. Die bekanntesten der deutschen Anarchisten von heute waren früher auf die sozialdemokratische Fahne eingeschworen. Während die Leiter der offiziellen Partei sich ein Programm der Vorsicht und Bedachtsamkeit zurechtgelegt haben, damit sie in Ruhe und traulicher Dämmerung den großen Kladderadatsch vorbereiten können, mit

dem das Morgenroth der neuen Zeit anbrechen soll, hat sich von den Jüngern und Heißspornen der Partei, denen die Ungeduld im Busen brennt, Einer nach dem Andern losgetrennt, der vermeinte, schneller als auf dem mühseligen Schneckenwege durch einen herzhaften Sprung auf die Höhe des Berges zu gelangen, jenseits dessen das Wunderland der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit liegt. Alle waren sie von Hause aus tüchtige, zielbewußte Genossen: Meinsdorff, der am Niederwald alle deutschen Fürsten und Heerführer auf einen Schlag mit seinem nichtswürdigen Attentat zu fällen gedachte; Wilhelm Werner, weiland sozialistischer Reichstagskandidat in Teltow und jetzt Anarchistenführer in London; Auerbach, der ehemals als Sozialist im 5. Berliner Wahlkreise kandidirte und sich dann in Amerika offen als Anarchist bekannte. Die Anarchisten, die jetzt in Berlin ihr Untwesen treiben, bilden gleichsam eine Sekte, die sich von der offiziellen Sozialdemokratie abgetrennt hat, aber deswegen durchaus nicht ihre eigenen Wege geht, sondern, wenn es darauf ankommt, — in Volksversammlungen, bei der Agitation der Arbeitslosen, beim Bierbockott u. s. w. — in rührender Eintracht mit den Gemäßigten zusammen wandelt. Sie sind die Freischärler der Sozialdemokratie, die mit Wohlwollen begrüßt werden, wenn ihnen ein Handstreich gelungen ist; ist er ihnen mißglückt, so macht man sich leicht, die Verantwortung dafür abzuschütteln: „sie gehören ja nicht zur offiziellen Partei!“ Wird aber einmal einer der Freischärler gefaßt und nach Kriegerecht behandelt, dann regt sich das Solidaritätsgefühl; die ganze sozialdemokratische Presse ruft ein Wehe über die brutalen Hüter der öffentlichen Ordnung. Aber alle Scheinheiligkeit und Spitzfindigkeit verjängt nicht mehr, die man aufwendet, um darzuthun, daß Gewaltthätigkeiten mit den „idealen“ Zielen der Sozialdemokratie nichts zu thun hätten. Die alte Wahrheit erweist sich nur aufs Neue, daß, wer Wind säet, sich nicht wundern darf, wenn er Sturm erntet.

## Der deutsch-portugiesische Grenzstreit

in Ostafrika ist nicht der Art, daß er die Ruhe, die gegenwärtig in der hohen Politik herrscht, bedrohen könnte. Immerhin ist er formell noch nicht geschlichtet, und gegenüber den Unklarheiten, die über die Rechtslage aufgetaucht waren, lohnt es sich auf die Sache zurückzukommen.

Das Streitobjekt liegt, wie schon früher erwähnt, südlich von der Rovumamündung. Portugal stützt seine Ansprüche einerseits auf das deutsch-portugiesische Abkommen vom 30. Dezember 1886, nach dem der Rovuma die Grenze zwischen der deutschen und der portugiesischen Sphäre bilden soll, andererseits auf Besitzhandlungen, die es in der Tongabucht vorgenommen hat. Der erste Einwand ist schon aus dem Grunde hinfällig, weil sich das Abkommen vom 30. Dezember 1886 ganz ausdrücklich nur auf Gebiete im Innern bezieht, die völkerrechtlich herrenlos oder in streitigem Besitze waren, nicht aber auf bereits rechtlich von einem Dritten erworbene und besetzte Gebiete. Dieser Dritte war im vorliegenden Falle der Sultan von Sansibar. Eine zur Feststellung des Sultansbesitzes niedergesetzte Kommission von Vertretern Frankreichs, Englands und Deutschlands hatte 1886 einstimmig anerkannt, daß sich die Oberhoheit des Sultans an der Küste im Süden bis zum linken Ufer des Minigani, der südlich vom Rovuma liegt, erstreckt. Dieselbe Feststellung enthielt das deutsch-englische Abkommen vom 1. November 1886, gegen das Portugal keinen Einspruch erhob. Die portugiesische Regierung selbst hat noch in einer Note vom 15. Oktober 1887 anerkannt, daß der Rovuma nach dem Abkommen vom 30. Dezember 1886 die Grenze zwischen den deutschen und portugiesischen Besitzungen von einem Punkte an